



Rückhalt des Sensationsteams
Goalie Ramazan Özcan sorgt mit Aufsteiger Ingolstadt für Furore.

→ SPORT 11

APA / ROBERT JAEGER

Alle Jugendlichen sollen Erben werden

Anthony Atkinson. Britischer Verteilungsökonom schlägt fixe Mitgift vor – finanziert aus einer Erbschaftssteuer

VON H. SILEITSCH-PARZER

KURIER: Seit den 1980ern sind Einkommen immer ungleicher verteilt. Immer mehr Menschen haben das Gefühl, auf der Verliererseite zu stehen. Warum?

Anthony Atkinson: Ein Grund ist, dass sich der Arbeitsmarkt gewandelt hat. Über 100 Jahre oder mehr hatten die Menschen Jobs, die sie von morgens bis abends arbeiten ließen. Das gab Stabilität. Heute haben's junge Menschen schwer, in solche Position zu kommen. Mit Kurzzeit-Jobs und Praktika lässt sich aber keine Zukunft planen.

Der Mittelstand fühlt sich von zwei Seiten bedrängt: Er schneidet weniger bei den Einkommenszuwächsen mit, trägt aber die Hauptlast der Steuern.

Ja, das stimmt schon. Die Lohnquote fällt seit geraumer Zeit. Das ist eine bedeutende Wende: Nach dem Zweiten Weltkrieg war sie 30 Jahre lang gestiegen. Zugleich hat sich die Steuerlast auf die Einkommen und den Konsum verschoben, während Kapital und Vermögen viel weniger stark besteuert werden.

Sie plädieren für Vermögenssteuern. Die Steuerlast in Österreich ist aber ohnehin hoch und ein enormer Standortnachteil.

Ein namhafter österreichischer Finanzminister – Joseph Schumpeter – hat gesagt: Wenn wir einen kapitalistischen Staat wollen, brauchen wir Steuern. Das war 1919, ist also keine neue Erkenntnis. Entscheidend ist nicht so sehr die absolute Höhe, sondern die Art und Weise der Besteuerung: Weg von der Arbeit, hin zu Kapital. Weg von den Jungen, hin zu den Älteren.

Heißt Generationen-Gerechtigkeit nicht auch, den Kindern keine Schulden zu hinterlassen?

Einverstanden, aber die Debatte läuft absurd. Wenn Sie eine Wohnung kaufen, haben Sie Schulden. Wie furchtbar! So wie die Staaten, alle haben Schulden, die sie abbauen sollen. Was tun Sie nun: Verkaufen Sie die Wohnung? Jeder schaut nur auf die Schulden, aber nicht auf die Vermögenswerte. Wir ge-



Anthony Atkinson gilt seit Jahren als heißer Kandidat für den Wirtschaftsnobelpreis. Das Thema Ungleichheit hätte es verdient, sagt er selbst

ben aber beides an künftige Generationen weiter.

Es sind aber nicht alle Staatsausgaben vernünftig, oder?

Wir sind in der verrückten Situation, Kredite fast zum Nulltarif aufnehmen zu können. Aber die Regierungen nutzen das nicht, um Schulen oder Spitäler zu bauen. Dabei würde es nur einen minimalen Ertrag brauchen, um die Kreditkosten einzuspielen. Ich bin auch der Meinung, der Staat sollte sich an Unternehmen beteiligen.

Österreich hat mit der verstaatlichten Industrie äußerst

schlechte Erfahrungen gemacht.

Ich sage nicht, dass Regierungen die Unternehmen steuern sollen, sondern besitzen. Viele Innovationen wurden übrigens ursprünglich von Staaten finanziert – ohne diese Forschung würde es Apples iPhones nicht geben.

Sie wollen, dass der Staat Arbeitslosen eine Beschäftigungsgarantie zum Mindestlohn gibt. Was sollen diese Menschen denn arbeiten?

Ich denke da nicht nur an den öffentlichen Bereich, auch private Unternehmen sollen animiert werden, Leute einzustellen. Früher hatten

Arbeitgeber ein Verantwortungsgefühl, das ist verloren gegangen. Diese Idee ist übrigens nicht neu, mehrere Staaten hatten so etwas schon. Und die EU hat eine Jugendgarantie beschlossen.

Österreich schreibt sich auf die Fahnen, dafür das Vorbild geliefert zu haben. Aber wie produktiv können solche staatlich garantierten Jobs sein?

Es werden viele Arbeitskräfte in der Pflege und Altersversorgung benötigt. Viele private Heime sperren zu, deshalb muss diese Aufgabe öffentlich übernommen werden. Ich bin positiv über-

rascht, wie viele junge Menschen das als wertvolle Aufgabe empfinden.

Sie schlagen vor, jeder sollte mit 18 Jahren eine Erbschaft erhalten. Wie viel Geld soll das sein und woher soll es kommen?

Sie haben keine Erbschaftssteuer hier in Österreich, richtig? Das verstehe ich nicht, das ist ein so offensichtlicher Ursprung von Chancenungleichheit. Ich würde die Steuer verwenden, um jedem ein Erbe zu ermöglichen. Das wäre nicht viel Geld, aber vielleicht genug, um das Studium oder eine Anzahlung für die Wohnung zu finanzieren.

Experte für Ungleichheit auf allen Ebenen

Verteilungsökonom

Popstar-Ökonom Thomas Piketty nennt ihn als Vorbild: Sir Anthony Atkinson (71) gilt als Doyen der Ungleichheitsforschung. Der britische Professor (Oxford, London School of Economics), hat u. a. das „Atkinson-Maß“ zur Berechnung von sozialer Ungleichheit entwickelt.

Neues WU-Forschungsinstitut

In Wien stellte Atkinson sein jüngstes Buch vor („Inequality. What Can Be Done?“) Am 18. September eröffnete er an der Wirtschaftsuniversität Wien das neu gegründete interdisziplinäre Forschungsinstitut „Economics of Inequality“, das von Professor Wilfried Altmann geleitet wird.



Atkinson ist im Scientific Board des neuen WU-Forschungsinstitutes

In Österreich ist der Spitzensteuersatz für Einkommen jetzt 55 Prozent. Noch zu wenig?

Sätze von 85 oder 90 Prozent würde ich auch unfair finden, aber 65 Prozent erschiene mir vernünftig.

Ungleichheit ist kein Ansporn für mehr Leistung?

Ich kenne keinen einzigen Beweis dafür. Ein britischer Spitzenmanager hat gesagt: „Wenn sie mir doppelt so viel zahlen, würde ich um nichts härter arbeiten. Wenn sie mir halb so viel zahlen, um nichts weniger.“

Stichwort Industrie 4.0: Wird die Digitalisierung wie befürchtet Arbeitsplätze zerstören?

Innovation kann in unterschiedliche Richtungen zielen. Wir investieren viel Geld in selbstfahrende Autos – unter anderem, weil das US-Militär daran ein Interesse für Kampfeinsätze hat. Wir vergessen gern, dass das eine bewusste Entscheidung ist, die anders ausfallen könnte.

Können wir denn Innovation danach definieren, ob Menschen die Jobs behalten? Dann hätten Kutscher das Auto verhindert.

Die fundamentale Frage lautet: Was meinen wir mit Produktivität? Die Robotisierung hat das Wesen vieler Produkte verändert, wir haben entmenslichte Dienstleistungen in allen Bereichen. Wir verlieren dadurch viel, was wir mit unseren Kennzahlen nicht erfassen.

Was zum Beispiel?

Man könnte sicher Medikamenten-Automaten aufstellen, das wäre billiger als eine Apotheke. Aber der Automat würde die Kundin nicht fragen: „Sind Sie schwanger?“ Ein wichtiger Teil der Interaktion wäre verloren.

Immerhin sind dank höherer Produktivität Smartphones für fast jeden leistbar geworden.

Ich bin überhaupt nicht gegen Technologie, mein erster Job war bei IBM. Die Frage ist, wofür sie verwendet wird. Das entscheiden derzeit Konzerne oder staatliche Stellen, nicht der Konsument.

Langfassung des Interviews: www.kurier.at/wirtschaft

ÜBERBLICK

WEITERE MELDUNGEN

McDonald's: Bio-Burger von heimischen Bauern

Deutschland. Die US-Fast-Food-Kette McDonald's bietet vorerst in Deutschland acht Wochen lang erstmals auch Burger mit Bio-Rindfleisch an. Das Fleisch stammt von zertifizierten Bio-Landwirten in Deutschland und Österreich. Ziel ist es, den Bio-Burger dauerhaft ins Sortiment aufzunehmen.

Italien plant Digitalsteuer für Amazon & Co.

Online-Handel. Um Pläne für eine Steuersenkung zu finanzieren, will die italienische Regierung ab 2017 eine sogenannte „Digitalsteuer“ für Internethändler einführen. Damit sollen Online-Händler mit Sitz im Ausland, wie etwa Amazon, ebay oder Google, genau wie italienische Firmen besteuert werden.

Brillenhändler Mister Spex liebgähelt mit Börsegang

Expansion. Deutschlands größter Online-Brillenhändler Mister Spex will in den nächsten 18 bis 36 Monaten an die Börse gehen oder an einen strategischen Investor verkauft werden. Dies teilte Firmenchef Dirk Graber der Welt mit. Wichtigster Aktionär des stark wachsenden Unternehmens ist Goldman Sachs.

Vor Milliardenfusion in der Halbleiterbranche

Dialog. Der in Frankfurt börsennotierte Halbleiterhersteller Dialog Semiconductor will um 4,6 Mrd. Dollar (4 Mrd. Euro) seinen US-Konkurrenten Atmel übernehmen. Dialog mit Sitz in Reading bei London will damit das US-Geschäft stärken und erhofft sich jährliche Einsparungen von 150 Mio. Dollar.

Bayer holt Frau in Vorstand und stellt sich neu auf

Pharma. Der deutsche Pharma- und Chemiekonzern Bayer löst nach Abspaltung der Kunststoffsparte Covestro seine Holdingstruktur auf. Das Unternehmen wird künftig wieder mit drei Sparten zentral geführt. Mit Erica Mann rückt erstmals in der Firmengeschichte eine Frau in den Bayer-Vorstand auf.